

Kassel, 25. Juni 2012

Niederschrift
über die **2. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am Donnerstag, 14. Juni 2012, 17:00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Dr. Manuel Eichler, 2. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Doğan Aydın, Mitglied, SPD
Gabriele Jakat, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Harry Völler, Mitglied, SPD
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Thomas Koch, Mitglied, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne
Bodo Schild, Mitglied, CDU (Vertretung für Wolfram Kieselbach)
Birgit Trinczek, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke
Jörg-Peter Bayer, Mitglied, Piraten (Vertretung für Dr. Bernd Hoppe)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Schriftführung

Andrea Turski, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Frank Oberbrunner, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP
Bernd Wolfgang Häfner, Stadtverordneter, Freie Wähler

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Herr F. Peter, Rechtsamt
Frau A. Utberg, Rechtsamt
Frau Dr. S. Büchsel, Rechtsamt
Frau K. Wagner, Rechtsamt
Herr F.-J. Knoop, Jugendamt
Herr S. Stremme, Die Stadtreiniger Kassel
Herr G. Rewald, Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz
Herr U. Bieker, -IG- Zukunftsbüro
Frau P. Niering, -IG- Zukunftsbüro

Tagesordnung:

- | | | |
|-----|--|------------|
| 1. | Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Kassel | 101.17.338 |
| 2. | Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Kassel
hier: Vorlage der Anhänge A und B | 101.17.338 |
| 3. | Frauenförderplan für den Eigenbetrieb "Die Stadtreiniger Kassel" | 101.17.471 |
| 4. | Richtlinien für die Gewährung von Investitionszuschüssen der Stadt Kassel an freie Träger von Kindertagesstätten für Bau-, Sanierungs- und
Ausstattungsmaßnahmen
Hier: dritte Änderung | 101.17.474 |
| 5. | Satzung zur Änderung der Satzung über die vom Magistrat der Stadt Kassel als
Untere Bauaufsichtsbehörde zu erhebenden Gebühren
(Bauaufsichtsgebührensatzung)
- Dritte Änderung - | 101.17.500 |
| 6. | Neufassung der Satzung der Abfallwirtschaft im Gebiet der Stadt Kassel
(Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung) | 101.17.501 |
| 7. | Änderung der Straßenbeitragssatzung | 101.17.310 |
| 8. | Informationsfreiheitssatzung | 101.17.390 |
| 9. | Bericht über rechtsextreme Aktivitäten | 101.17.472 |
| 10. | Rücknahme der Strafanzeige gegen UmbenennungsunterstützerInnen | 101.17.507 |
| 11. | Rechtsextreme Gruppierungen und Straftaten | 101.17.508 |

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 06.06.2012 ordnungsgemäß einberufene 2. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Kortmann stellt fest, dass die Tagesordnungspunkte

9. **Bericht über rechtsextreme Aktivitäten**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
101.17.472

und

11. **Rechtsextreme Gruppierungen und Straftaten**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
101.17.508

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufgerufen und getrennt abgestimmt werden und

Tagesordnungspunkt

7. **Änderung der Straßenbeitragssatzung**
Antrag der CDU-Fraktion
101.17.310

von der Tagesordnung abgesetzt wird, da im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen noch keine Beratung erfolgte.

Vorsitzender Kortmann empfiehlt ebenfalls Tagesordnungspunkt

8. **Informationsfreiheitssatzung**
Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten
101.17.390

von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, weil der Antrag zunächst im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen behandelt werden sollte.

Stadtverordneter Bayer, Piraten-Fraktion, spricht dagegen, Tagesordnungspunkt 8 heute abzusetzen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU,
Ablehnung: Piraten
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke, FDP
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag Tagesordnungspunkt 8, Informationsfreiheitsgesetz, Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten, 101.17.390, von der Tagesordnung abzusetzen, wird **zugestimmt**.

Die so geänderte Tagesordnung wird von Vorsitzendem Kortmann festgestellt.

1. Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Kassel

Vorlage des Magistrats
- 101.17.338 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Das als Anlage beigefügte ' Integrationskonzept der Stadt Kassel' wird beschlossen.“

Im Rahmen der Aussprache erklärt Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, dass seine Fraktion die Übernahme der aus dem Schreiben des Ausländerbeirates vom 16. März 2012 ersichtlichen Änderungen vorschlägt und stellt daher folgenden Änderungsantrag.

➤ **Änderungsantrag Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Das ' Integrationskonzept der Stadt Kassel' wird wie folgt geändert:

Seite 3 - Vision

"Bürgerinnen und Bürger" sind durch "**Einwohnerinnen und Einwohner**" zu ersetzen, da nur dadurch alle in Kassel lebenden Menschen angesprochen sind.

Seite 8 - Land Hessen

Die Fußnote "8" ist zu streichen, da die Aussage inhaltlich falsch ist. Der Landesausländerbeirat wurde aufgelöst und wird als agah/Landesausländerbeirat weitergeführt. Die agah ist Mitglied im Hess. Integrationsbeirat.

Seite 17 - 5.2 Leitlinien der Integrationsförderung

Als zusätzlicher Punkt 9 sollte ergänzt werden:

"Auf kommunaler Ebene haben Alle ein Wahlrecht."

Seite 19 - 6.1.1 Besuch von Kindertagesstätten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendpflege

In den Zielen sollte folgender Punkt eingefügt werden:

"Die größtmögliche Heterogenität ist beachtet."

Seite 22 - 6.1.4 Übergang von der Schule in die Ausbildung / Berufswelt

Folgende Ergänzung soll in den Zielen erfolgen:

"Anreize für Betriebe, die Auszubildende mit Migrationshintergrund einstellen, werden geschaffen."

Seite 33 - 6.4.2 Berufliche Qualifizierung von Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden

Der letzte Punkt in den Zielen sollte wie folgt geändert werden:

"Die Quote der Beschäftigten mit Migrationshintergrund ist in allen Bereichen der Stadt Kassel erhöht worden. Hierbei ist die allgemeine Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt."

Seite 38 - 6.6.1 Kooperation mit dem Ausländerbeirat

Als zusätzliches Ziel soll aufgenommen werden:

"Der Ausländerbeirat hat ein uneingeschränktes Antrags- und Stimmrecht in allen städtischen Gremien."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Kassel, 101.17.338, wird **abgelehnt**.

Sitzungsunterbrechung von 17:52 Uhr bis 17:57 Uhr.

Nach der Sitzungsunterbrechung erklärt Stadtverordneter Dr. Eichler, SPD Fraktion, dass sie die gesamten Änderungsvorschläge des Ausländerbeirates nicht vorbehaltlos übernehmen können und bringt daher für die Fraktionen von SPD und B90/Grüne folgenden gemeinsamen Änderungsantrag ein.

➤ **Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Das ' Integrationskonzept der Stadt Kassel' wird wie folgt geändert:

Seite 3 - Vision

"Bürgerinnen und Bürger" sind durch "**Einwohnerinnen und Einwohner**" zu ersetzen, da nur dadurch alle in Kassel lebenden Menschen angesprochen sind.

Seite 8 - Land Hessen

Die Fußnote "8" ist zu streichen, da die Aussage inhaltlich falsch ist. Der Landesausländerbeirat wurde aufgelöst und wird als agah/Landesausländerbeirat weitergeführt. Die agah ist Mitglied im Hess. Integrationsbeirat.

Seite 19 - 6.1.1 Besuch von Kindertagesstätten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendpflege

In den Zielen sollte folgender Punkt eingefügt werden:

"Die größtmögliche Heterogenität ist beachtet."

Seite 22 - 6.1.4 Übergang von der Schule in die Ausbildung / Berufswelt

Folgende Ergänzung soll in den Zielen erfolgen:

"Anreize für Betriebe, die Auszubildende mit Migrationshintergrund einstellen, werden geschaffen."

Seite 33 - 6.4.2 Berufliche Qualifizierung von Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden

Der letzte Punkt in den Zielen sollte wie folgt geändert werden:

"Die Quote der Beschäftigten mit Migrationshintergrund ist in allen Bereichen der Stadt Kassel erhöht worden. Hierbei ist die allgemeine Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt."

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke, Piraten
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne zum Antrag des Magistrats betr. Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Kassel, 101.17.338, wird **zugestimmt**.

- **Durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Das als Anlage beigefügte ' Integrationskonzept der Stadt Kassel' wird in der in der Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung am 14. Juni 2012 erarbeiteten Fassung beschlossen.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Piraten
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne geänderten Antrag des Magistrats betr. Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Kassel, 101.17.338, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Manuel Eichler

2. Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Kassel hier: Vorlage der Anhänge A und B

Vorlage des Magistrats
- 101.17.338 1. Änderungsantrag -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die als Anlagen beigefügten Dokumente
' Anhang A - Übersicht der Handlungsfelder und Ziele' sowie
' Anhang B - Integrationsmonitoring' werden beschlossen.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Piraten
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Umsetzung des Integrationskonzeptes der Stadt Kassel, hier: Vorlage der Anhänge A und B, 101.17.338, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Dr. Manuel Eichler

3. **Frauenförderplan für den Eigenbetrieb "Die Stadtreiniger Kassel"**

Vorlage des Magistrats

- 101.17.471 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von dem beliegenden Bericht zum Frauenförderplan für den Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger Kassel“ für die Zeit vom 01.07.2010 bis zum 30.06.2012 (Anlage 1) Kenntnis und stimmt den beigefügten Zielvorgaben zum Frauenförderplan für den Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger Kassel“ für die Zeit vom 01.07.2012 bis zum 31.12.2013/30062014 (Anlage 2) zu.

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Frauenförderplan für den Eigenbetrieb "Die Stadtreiniger Kassel", 101.17.471, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Boris Mijatovic

4. **Richtlinien für die Gewährung von Investitionszuschüssen der Stadt Kassel an freie Träger von Kindertagesstätten für Bau-, Sanierungs- und Ausstattungsmaßnahmen**

Hier: dritte Änderung

Vorlage des Magistrats

- 101.17.474 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der dritten Änderung der „Richtlinien für die Gewährung von Investitionszuschüssen der Stadt Kassel an freie Träger von Kindertagesstätten für Bau-, Sanierungs- und Ausstattungsmaßnahmen“ in der aus der Anlage ersichtlichen Form wird zugestimmt.“

Im Rahmen der Diskussion beantwortet Bürgermeister Kaiser die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Richtlinien für die Gewährung von Investitionszuschüssen der Stadt Kassel an freie Träger von Kindertagesstätten für Bau-, Sanierungs- und Ausstattungsmaßnahmen
Hier: dritte Änderung, 101.17.474, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Birgit Trinczek

5. **Satzung zur Änderung der Satzung über die vom Magistrat der Stadt Kassel als Untere Bauaufsichtsbehörde zu erhebenden Gebühren (Bauaufsichtsgebührensatzung)**
- Dritte Änderung -
Vorlage des Magistrats
- 101.17.500 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die vom Magistrat der Stadt Kassel als Untere Bauaufsichtsbehörde zu erhebenden Gebühren (Bauaufsichtsgebührensatzung) - Dritte Änderung - in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die vom Magistrat der Stadt Kassel als Untere Bauaufsichtsbehörde zu erhebenden Gebühren (Bauaufsichtsgebührensatzung) - Dritte Änderung -, 101.17.500, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

6. Neufassung der Satzung der Abfallwirtschaft im Gebiet der Stadt Kassel (Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung)

Vorlage des Magistrats
- 101.17.501 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage 1 zu dieser Vorlage beigefügte Neufassung der Satzung der Abfallwirtschaft im Gebiet der Stadt Kassel (Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung)

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Neufassung der Satzung der Abfallwirtschaft im Gebiet der Stadt Kassel (Abfallwirtschafts- und -gebührensatzung), 101.17.501, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Jörg-Peter Bayer

7. Änderung der Straßenbeitragssatzung

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.310 -

Abgesetzt

8. Informationsfreiheitssatzung

Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten
- 101.17.390 -

Abgesetzt

9. Bericht über rechtsextreme Aktivitäten

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.472 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung halbjährlich schriftlich Bericht über rechtsextreme Aktivitäten im Stadtgebiet zu erstatten und diesen in der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen.

Der Bericht soll politisch motivierte Straftaten von Rechts sowie Straftaten von Rechtsextremen allgemein, Aktivitäten, Aufmärsche, Verteilungen, Veranstaltungen usw. umfassen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Piraten
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU,
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Bericht über rechtsextreme Aktivitäten, 101.17.472, wird **abgelehnt**.

Stadtverordneter Schild, CDU-Fraktion, stellt im Rahmen der Diskussion folgenden Änderungsantrag:

➤ **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung halbjährlich schriftlich Bericht über extreme Aktivitäten im Stadtgebiet zu erstatten und diesen in der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen.

Der Bericht soll politisch motivierte Straftaten sowie Straftaten von Extremen allgemein, Aktivitäten, Aufmärsche, Verteilungen, Veranstaltungen usw. umfassen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Piraten
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Bericht über rechtsextreme Aktivitäten, 101.17.472, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Eichler

11. Rechtsextreme Gruppierungen und Straftaten

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.508 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, Vertreterinnen/Vertreter des Polizeipräsidiums Nordhessen

zu einer der kommenden Ausschusssitzungen einzuladen, um über den Stand zu rechtsextremistischen Straftaten und Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen in Nordhessen zu berichten.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke, Piraten
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr.
Rechtsextreme Gruppierungen und Straftaten, 101.17.508, wird **zugestimmt**.

Stadtverordneter Schild, CDU-Fraktion, bringt folgenden Änderungsantrag ein.

➤ **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, Vertreterinnen/Vertreter des Polizeipräsidiums Nordhessen zu einer der kommenden Ausschusssitzungen einzuladen, um über den Stand zu extremistischen Straftaten und Aktivitäten extremer Gruppierungen in Nordhessen zu berichten.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Piraten
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Rechtsextreme Gruppierungen und Straftaten, 101.17.508, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Eichler

10. Rücknahme der Strafanzeige gegen UmbenennungsunterstützerInnen Antrag der Fraktion Kasseler Linke - 101.17.507 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt die Strafanzeige wegen Sachbeschädigung gegen die Personen, die an der symbolischen Umbenennung der Holländischen Straße in [Halit Yozgat](#) Straße beteiligt waren, zurück zu ziehen.

Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, ändert den Antrag seiner Fraktion wie folgt ab:

➤ **Geänderter Antrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt **den Strafantrag** wegen Sachbeschädigung gegen die Personen, die an der symbolischen Umbenennung der Holländischen Straße in [Halit Yozgat](#) Straße beteiligt waren, zurück zu ziehen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Piraten

Enthaltung: --

Abwesend: FDP

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Rücknahme der Strafanzeige gegen UmbenennungsunterstützerInnen, 101.17.507, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Thomas Koch

Ende der Sitzung: 19:04 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Andrea Turski
Schriftführerin